



## **Resolution der 60. Ordentlichen Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg am 10. März 2009 in Böblingen**

### **Entlassungen verhindern – Zukunft sichern und gestalten – Märkte regulieren**

Die aktuelle Krise hat in ihrer Dynamik und weltweiten Gleichzeitigkeit in der Nachkriegsgeschichte keinen Vergleich. Auftragseinbrüche von 30% und mehr in den Branchen der IG Metall sind die Folgen. Da die baden-württembergische Industrie besonders exportorientiert ist, trifft sie die Krise entsprechend stark. Heute wird dies noch in erster Linie durch Kurzarbeit abgefedert. Aber schon in Kürze drohen Insolvenzen, Werksschließungen und Massenentlassungen.

Ausgelöst wurde die Talfahrt der Wirtschaft durch die tiefe Krise der seit Jahren deregulierten und unkontrollierten Finanzmärkte. Verschärft wird sie durch die weitgehende Deregulierung des Arbeitsmarkts und den Aufbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Dies führte jetzt dazu, dass massenhaft und sofort Tausende Leiharbeiter und befristet Beschäftigte auf die Strasse gesetzt wurden.

Verschärft wird der konjunkturelle Einbruch auch durch bestehende strukturelle Probleme, insbesondere in der Leitbranche Automobil. Hier treffen der Aufbau von Überkapazitäten mit einem deutlich geänderten Verbraucherverhalten hin zu emissionsfreieren und verbrauchsärmeren Fahrzeugen zusammen.

Diese sich gegenseitig verstärkenden Krisenursachen lassen keine schnelle Erholung der Konjunktur erwarten.

Der Kapitalismus birgt nicht nur die Krise in sich, sondern seine Logik zielt darauf, dass es die abhängig Beschäftigten sind, auf die die Krisenfolgen zu allererst abgewälzt werden.

Dass Arbeitsplätze und Arbeitseinkommen in der Krise bedroht sind, die Zukunft gerade von jungen Menschen in Frage gestellt wird, ist aber kein Naturgesetz! Es sind die Arbeitgeber und die Banken - allzu oft von der Politik durch falsche Rahmenbedingungen gefördert – die diese Logik jetzt trotzdem durchsetzen wollen. Dagegen werden wir uns mit aller Kraft wehren.

### Offensive Krisenstrategie gefordert

Gegen die Krisenfolgen anzukämpfen ist momentan unsere zentrale gewerkschaftliche Aufgabe. Nicht wegducken, sondern offensiv Flagge zeigen heißt das Gebot der Stunde.

Entlassungen verhindern ist möglich. Die Instrumente hierfür stehen längst zur Verfügung. In keinem Fall liegt es an mangelnder Flexibilität: Arbeitszeitkonten, Kurzarbeit, Rückführung von 40-Stunden-Verträgen, Absenkung der Arbeitszeit unter 35 Stunden sind Optionen, die genutzt werden können und müssen. Entlassungen zu verhindern ist kein Gnadenakt der Arbeitgeber, sondern mittelfristig auch betriebswirtschaftlich sinnvoll. Dort wo Arbeitgeber oder Banken meinen, trotzdem auf diese Karte setzen zu müssen, werden wir massiven Widerstand betrieblich und auch überbetrieblich in den Regionen organisieren.

Die Zukunft auch in der Krise zu gestalten ist notwendig:

- Dies beginnt mit der Aufrechterhaltung der Ausbildungszahlen und der unbefristeten Übernahme der Auszubildenden. Mit der „Operation Übernahme“ der IG Metall greifen wir dieses Thema offensiv auf.
- Die intensive Nutzung von Kurzarbeit einschließlich der Möglichkeiten für Qualifizierung wird jetzt durch weitere Programme zur Maßnahmenförderung und Übernahme der Sozialabgaben noch attraktiver. Wir setzen weiter auf Kurzarbeit statt Entlassungen und werden uns mit eigenen Konzepten sinnvoller Qualifizierungsmaßnahme einmischen.
- Zukunft gestalten verlangt Schluss zu machen mit der Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Daher werden wir jetzt betrieblich darauf drängen Leiharbeit auszuschließen oder zu begrenzen.
- Immer mehr Betriebe setzen darauf, Restrukturierung und Rationalisierung als Mittel der Krisenbewältigung. Es droht ein nochmals wachsender Druck auf Arbeitsverdichtung und Leistungsbedingungen. Dagegen setzen wir unsere bezirkliche Initiative zu Arbeits-, Arbeitszeit-, Leistungsgestaltung und Personalbemessung.

Die Krise bewältigen heißt auch die Veränderung der Rahmenbedingungen, die die Krise verursacht oder ihre Auswirkungen verschärft haben, nicht aus den Augen zu verlieren:

- Dies beginnt mit der dringend notwendigen Regulierung der Finanzmärkte, um in Zukunft Spekulationen im erlebten Ausmaß zu verhindern und den Finanzmarkt auf seine wesentlichen Funktionen als Dienstleister der Geldversorgung, Risikoabsicherung und des Handels zurückzuführen. Die Banken sind zu verpflichten, ihre günstige Refinanzierung nicht zur Verbesserung der eigenen Bilanz, sondern zur Weitergabe in Form günstiger Kredite und direkter Unternehmensbeteiligung zu verwenden.
- Wir brauchen eine deutlich stärkere Regulierung des Arbeitsmarkts. Etwa durch deutliche Eingrenzungen der Leiharbeit durch die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots, die Einführung eines Mindestlohns und der Begrenzung der Tariföffnung auf die Einarbeitungszeit.
- Wir bleiben gerade wegen der Krise bei dem bewährten Umlage- und Solidarprinzip unserer Sozialversicherungssysteme. Es ist doch ein Aberwitz, dass gerade jetzt, wo Millionen von Menschen weltweit de facto enteignet werden, die einzig und allein auf kapitalgestützte Systeme in der Renten- oder Krankenversicherung verwiesen wurden und vor dem Nichts stehen, immer noch versucht wird, uns den Abschied von der Sozialversicherung nahe zu bringen! Wenn die Finanzkrise eines offenkundig gemacht hat, dann die Überlegenheit und Sicherheit solidarischer und paritätischer Sozialversicherungssysteme.
- Die Krise deckt auf, mit welcher Verantwortungslosigkeit nicht wenige Manager und Kapitalgeber Betriebe aus Profitgier in den Ruin treiben. Hierzu bedarf es als wirksame Korrektur die Erweiterung der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen. Insbesondere der Festlegung von Standorten, Investitionen und langfristiger Unternehmensstrategie.
- Die Krise bewältigen heißt auch, in den Branchen der Metall- und Elektroindustrie den unvermeidbaren Strukturwandel sozial zu gestalten, so dass die abhängig Beschäftigten nicht unter die Räder kommen. Dies verlangt einerseits industriepolitische Konzepte der Branche. Ansonsten besteht die Gefahr, dass in einem Wettbewerb der Unterbietungskonkurrenz nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Arbeitseinkommen nachhaltig gekappt werden. Andererseits müssen wir eine deutliche Ausweitung der sozialen Sicherung einfordern. Etwa durch Verlängerung der Bezugsdauer von Transfer-KUG und ALG I, der weiteren Förderung von Altersteilzeit und weiteren Möglichkeiten des vorzeitigen Ausstiegs aus dem Arbeitsleben. Insbesondere aber ist die Aufhebung der heutigen Zumutbarkeitsregelung erforderlich.

Die IG Metall wird sich weiter aktiv mit Vorstellungen und Initiativen in die gesellschafts-politische Debatte zu diesen Themen einzubringen.

#### Weiteres staatliches Handeln bleibt erforderlich

Die IG Metall hat sich in den letzten Monaten erfolgreich mit Vorschlägen für eine Krisenbewältigung eingebracht. Viele Vorstellungen finden sich im Konjunkturpaket II der Bundesregierung wieder.

Dieses Paket zielt in die richtige Richtung, ist aber im Volumen unzureichend. Und es ist sozial unausgeglichen. Wir sind der Auffassung, dass die, die sich im Aufschwung goldene Nasen verdient und Vermögen angehäuft haben, jetzt in die Pflicht genommen werden, wenn es um die Finanzierung von Konjunkturprogrammen geht. Dies kann durch Zwangsanleihen für hohe Vermögen oder eine wirksame Vermögenssteuer geschehen.

Wir sind auch der Auffassung, dass in der Krise Managergehälter zu kürzen sind und Unternehmer auch mit dem Einbringen von privaten Vermögen in die Pflicht genommen werden müssen.

#### Gewerkschaftliche Solidarität organisieren

Die Kraft der IG Metall erwächst aus den Betrieben. Sie ist dort präsent, wenn es um Beschäftigungssicherung, Entgeltsicherung, Aus- und Weiterbildung oder die Übernahme der Auszubildenden geht. Wir brauchen gerade auch in der Krise eine offensive Betriebspolitik.

Dazu gehören die Regelungen zur Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen. Wir haben diesem Handlungsfeld mit dem Pforzheimer Abkommen eine neue Qualität gegeben. Über 250 Vereinbarungen bieten heute über 300.000 Beschäftigten in unserem Vertretungsbereich Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen. Wird dieser Schutzschirm angegriffen oder aufgekündigt, werden wir dies nicht kampflos akzeptieren.

Wir bleiben, trotz Trommelfeuer der Arbeitgeber, bei unserer Auffassung, dass eine Verschiebung der nächsten Stufe der Tarifierhöhung nicht notwendig ist. Sie wäre falsch, weil damit die nötige Kaufkraftstärkung unterbleibt; und wäre falsch, weil sie - bis auf Einzelfälle - keinen wirksamen Beitrag zur Problemlösung darstellt. Die Metall- und Elektroindustrie hat keine Probleme in den Kostenstrukturen, sondern leidet unter einem massiven Nachfrageausfall.

Daher ist eine Sicherung der Arbeitnehmerereinkommen auch bei hoher Kurzarbeit unerlässlich. Würde diese Kaufkraft in den von Kurzarbeit betroffenen Regionen fehlen, wäre ein dramatischer Absturz der regionalen Wirtschaft die Folge. Der tarifliche Zuschuss der Arbeitgeber ist und bleibt daher notwendig. Auch mit Zuschuss ist Kurzarbeit nicht nur die schlauiere, sondern auch die kostengünstigere Alternative zu Entlassungen. Insbesondere dann, wenn sie mit Qualifizierung verbunden wird.

Die IG Metall Baden-Württemberg wird in der Krise die Beschäftigteninteressen offensiv vertreten und dabei alle tariflichen und gesetzlichen Werkzeuge nutzen. Durch den erhöhten Beratungsbedarf ergibt sich die Notwendigkeit klarer Absprachen und der Bereitstellung von Handlungshilfen, Beratungs- und Seminarangeboten durch die Bezirksleitung und die Verwaltungsstellen.

Hierzu gehört auch die Einbeziehung der Mitglieder und Beschäftigten. Einbeziehung heißt Information und gemeinsame Aktion. Gerade in der Krise müssen wir gegen Vereinzelung die Kraft der Solidarität auch erlebbar gestalten. Eine Beteiligung an betrieblichen Sanierungs- und Überlebenskonzepten wird es nur mit Einbeziehung und Votum der IG Metall-Mitglieder im Betrieb geben.

#### „Keine Entlassungen in 2009“

Unser wichtigstes aktuelles Ziel lautet: 2009 darf kein Jahr der Entlassungen werden. Hierfür ist die Gewinnung und Einbindung von Bündnispartnern von großer Bedeutung. In vielen Regionen hat die IG Metall dabei Erfolge aufzuweisen, sei es mit Kommunen, Kreisen, Banken, Arbeitsagenturen, Kammern, Arbeitgeberverband oder Unternehmen. Die Bezirksleitung hat entsprechende Absprachen mit Landesregierung, Regionalagentur und anderen wichtigen Akteuren getroffen und wird diese weiterentwickeln.

Ihre Bewährungsprobe werden die dort gemachten Zusagen dann erhalten, wenn mit Dauer und Tiefe der Krise die Tabuisierung von Entlassungen nachlassen, Insolvenzen zunehmen und der Druck auf die Arbeitseinkommen weiter wächst.

Wir werden überall dort, wo der Damm zu brechen droht und Entlassungen angekündigt werden, auch zu öffentlichen Kundgebungen aufrufen und den Widerstand gegen Entlassungen oder Nichtübernahme von Auszubildenden überbetrieblich in der Region organisieren.

Und wir werden nicht locker lassen, unsere Forderungen nach wirksamer Korrektur und Reform der Finanz- und Arbeitsmärkte, nach mehr Mitbestimmung und gerechterer Verteilung der Krisenlasten zu erheben.

Ein erster Schritt ist hierfür eine landesweite Welle von regionalen Kundgebungen und Veranstaltungen im Zeitraum vom 04. - 14. Mai. Die Bezirkskonferenz fordert die Bezirksleitung und die Verwaltungsstellen auf, hierfür die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen.

Wir behalten uns vor, bei einer Zuspitzung der Situation auch zu einer landesweiten Kundgebung vor der Sommerpause zu kommen.

Ein weiterer Schritt ist unsere Beteiligung bei der bundesweiten Befragung „Gemeinsam für ein gutes Leben“ und der Großveranstaltung im Frankfurter Stadion am 5. September 2009.

#### Solidarität verlangt eine starke IG Metall

Die Krise verlangt solidarische Lösungen, sie verlangt Gegenmacht und offensive Krisenstrategie der Gewerkschaften, um die Interessen der abhängig Beschäftigten wirkungsvoll zu vertreten. Der Schutzschirm für Beschäftigte kann um so breiter gespannt werden, je mehr ihn halten. Und daher werden wir bei allen unseren Aktivitäten die Werbung neuer Mitglieder mitbeachten müssen. Dies geschieht dort am leichtesten, wo wir Beschäftigte aktiv mit einbeziehen.

Unsere Anstrengungen sind auch gefordert, wenn es darum geht Mitglieder zu halten. Gerade wenn Arbeitslosigkeit droht, wie es bei vielen Leiharbeitern und Befristeten jetzt der Fall ist. Wir müssen für sie Ansprechpartner und Berater bleiben und entsprechende Angebote entwickeln. Viele Verwaltungsstellen sind hier schon unterwegs.

Schutz und Perspektiven in und nach der Krise zu bieten verlangt jetzt nach einer starken IG Metall.